

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. November 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 134.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Streiflichter! (Fortsetzung.) — Der Zug nach der Großstadt in anderer Beleuchtung. — Zugzug nach der Großstadt. — Hinaus in die Provinz!

Korrespondenzen: Hirschhausen. — Berlin (M. S.). — Diederichsen. — Dresden (M. S.). — Eisenberg. — Halberstadt. — Halle a. S. — Herford. — Hildesheim. — Kassel (M. S.). — Leipzig (L. W.). — Marienwerder. — Nordhausen (D. W.). — Pöppeln. — Regensburg. — Schweinf. — Sienhof. — Würzburg. — Zittau.

Rundschau: Rückgang der Leistungen. — Der Tarifberatungs-ausschuss der Prinzipale. — Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1911. — Die neue Karriereliste. — Meisterprüfung. — Schöffenausstellung. — Nationale Frage vor der „Wohlfahrter“. — Gewerkschaften und Vereinigungen. — Die Haft der Verbrecher in Deutschland. — Die vrentliche Genie-Novelle.

Streiflichter!

(Fortsetzung.)

Das Echo auf den Geschäftsbericht des Tarifamts.

Während in früheren Jahren diese Publikation selten einmal kritische Rückführungen hervorrief, ist das, nachdem die Oberfläche unsres gewerblich-sozialen Lebens sich geträufelt und manchmal sogar recht bewegt erscheint, anders geworden. Wie die politische Wage nicht dauernd im Gleichgewichte bleibt, was augenblicklich ja mit Schreden wahrgenommen werden kann, so ist es auch mit der gewerbepolitischen. Es bedarf keiner Erläuterung, warum sie bei uns in Friedenszeiten so lebhaft sich auf und ab bewegt. Auch wäre es müßig, über die Kompetenz des Tarifamts zu streiten, den Vorgängen auf tarifvertraglichem Gebiete seine ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden und nach Möglichkeit ein gleichmäßiges Wirken aller Teile für die Tarifgemeinschaft beizubehalten oder wieder herbeizuführen zu suchen. Diesen Willen zur Tat hat das Tarifamt speziell in den letzten zwei Jahren zu erkennen gegeben. Dabei konnte es im Interesse der vertretenen Sache nicht ohne Deutlichkeiten abgehen. Mit Liebenswürdigkeiten ist da nicht viel anzufangen, denn hart im Raume stoßen sich die Sachen. Das ist an jedem Tag auch im Organisationsleben zu merken. Die Gefühlspolitik muß öfters ausgeschaltet werden, als es schließlich dem eignen menschlichen Empfinden entspricht. Der Geschäftsbericht für 1910/11 drückte in verschiedenen Punkten starke Unzufriedenheit über Vorgänge in der Gehilfenschaft aus, die zum Teil ja auch recht unerbaulicher Art waren. Es ging daraus ein vernünftiges Murren durch unsre Reihen. Wahrheiten werden bekanntlich stets unangenehm empfunden. In Prinzipalskreisen fand die Philippika an die Adresse der Gehilfen natürlich die gegenteilige Aufnahme. Dem Tarifamte ward allgemeine Anerkennung. Das aber nicht nur im Prinzipalslager. Auch bei andern Leuten äußerte sich Genugtuung, daß das Tarifamt so freimütig Kritik übte. Feuer ist es anders. Das Blätchen hat sich gewendet. Die im vergangenen Jahre „Hosianna“ riefen, schreien jetzt „Kreuzige!“

Nehmen wir zunächst den Arbeitgeberverband. Das Tarifamt hat ihm im Geschäftsberichte für 1911/12 den Abscheu für seine Kampfweise sogar in Sperrdruck ausgedrückt. Das mußte sitzen. Nahezu zwei Seiten seines sonst zumeist dem „sozialdemokratischen“ Gehilfenverbände gewidmeten Raumes umfaßte denn auch die Erwiderung im „Arbeitgeber“ auf den Geschäftsbericht. Es wird geredet, hoch und heilig versichert und mit Eifer und Ausdauer weißgewaschen,

daß der Arbeitgeberverband nach dieser anstrengenden Prozedur eigentlich aussehen müßte wie ein junges Lämmchen. Der Zweck der Übung ward freilich auch hier nicht erreicht. Wenn es da wie ein Eidschwur heißt: „Seine Tarifreundschaft steht unwiderleglich fest“, und unmittelbar folgt die diese schöne Versicherung wieder aufhebende Einschränkung: „Allerdings verlangt er einen vernünftigen Tarif“, so ergibt sich daraus doch, daß die Beteuerungen des Arbeitgeberverbandes nie wirklich zu nehmen sind. Und vollends wird die erst-erwähnte, mit pupillarischer Sicherheit gegebene Erklärung zur Farce, wenn an anderer Stelle die Kommentierung der behaupteten „Tarifreundschaft“ dahin lautet:

Der Arbeitgeberverband hat von sich nie „Tarifreue“ in dem Sinne behauptet, daß er mit dem gegenwärtigen Tarif in allen Stücken einverstanden sei und seine Mitglieder verpflichte, ihm in jeder Beziehung nachzukommen. Er hat nur versichert, daß er im Prinzipie tarifreundlich ist und ein tarifliches Abkommen mit den Gehilfen wünscht. Auch richten sich seine Mitglieder, soweit sie der Tarifgemeinschaft angehören, selbstverständlich nach dem gegenwärtigen Tarife.

Der hierin liegende Unterschied müsse wohl beachtet werden, setzt der „Arbeitgeber“ — ernsthaft hinzu. Wir möchten denn sehen, der nach einer solchen Freundschaftsdefinition für eine derartige Freundschaft sich nicht bestens bedanken würde! Wo angesichts besagter Freundschaftsbegriffe und der diesen tatsächlich sehr ähnlich sehenden Handlungen diese Leute noch den Mut hernehmen, von „beständigen Verleumdungen“ zu reden, „als ob der Arbeitgeberverband ein prinzipieller Tarifgegner sei“, und ankündigen, daß sein Vorstand Veranlassung nehmen werde, „demnächst mit einer Erklärung hervorzutreten, die seine Stellung zur Tariffrage aufs neue darlegt“, wodurch die „unwahre Darstellung“ des Tarifamts erst „recht klar“ zutage treten wird, ist einfach zu verwundern. Daß der Arbeitgeberverband auf die Beseitigung der Tarifgemeinschaft hinarbeiten soll, ist eine Beschuldigung ebenso unerhört wie jeder Zweifel an seiner „Tarifreundschaft“. Doch auch hier schließt der überzeugend klingenden Versicherung die niedliche Auslegung sich an: „Man könnte höchstens sagen, es seien das die nichtgewollten Folgen seiner Bestrebungen“. Das sind dem famosen Treffer täuschend ähnliche Kniffe, für die man sich schon ein weniger intelligentes Publikum suchen muß, als es diesen beiden waderen Kumpanen gegenübersteht. Freilich, so tölpelhaft wie ein christliches Gewerkschaftsorgan, das im beginnenden Sommer seinen Überschwang an Solidarität für den Gutenbergsbund in die Worte kleidete: „Der Teufel soll die jegige Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe holen“, verfahren die Herren Arbeitgeberverbändler nicht öffentlich. Aber was sie in ihren Broschüren (lies: Denunziationen) und etwas vorsichtiger oft genug auch in ihrem Moniteur zum Ausdruck bringen, läuft unfreutig auf das gleiche Ziel hinaus. Wenn man die guten Leuten fragen wollte, was klar und zweifelsohne die gewollten Folgen ihrer Bestrebungen sind, und wie denn die Tarifgemeinschaft dabei fahren würde, so gäbe es jedenfalls ein großes Schweigen. Die dem Arbeitgeberverbände vom Tarifamte gemachten Vorwürfe, die dieser selbst als überaus

schwerwiegend auffaßt, werden im Organe der „Tarifreundschaftler“ in der Hauptfache damit zu parieren versucht, daß die „Tarifamtsprinzipale“ scharf gemacht werden, sie sollten sich „ihr selbstständiges Urteil wahren gegenüber dem dem sozialdemokratischen Verband angehörigen Gehilfenkollegen“. Das Arbeitgeberverbandsorgan hätte von ersteren nicht erwartet, „daß sie sich in einer offiziellen Erklärung soweit vergessen würden“. Alles, was dem Arbeitgeberverband im Geschäftsberichte gesagt wird, und zwar mit Recht gesagt wird, soll „einfach eine anscheinend etwas gemäßigte Reproduktion der im „Korr.“ gegen den Arbeitgeberverband gerichteten „Angriffe“ sein. Sogar der kühne Satz steigt:

Das Tarifamt hat, wie wir gezeigt haben, dem Arbeitgeberverbande lauter unbegründete Vorwürfe gemacht. Nichts von alledem, was es vorgebracht hat, ist Wahrheit. Alles ist Erfindung und Dichtung. Und die Vorwürfe, die es ihm gemacht hat, sind sämtlich ehrenrührig.

Das behaupten Leute, die Anschwärmungen, Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die Tarifgemeinschaft auf dem Gewissen haben, wie die ganz hanebüchene in ihrer Eingabe an den Reichskanzler! Höher kann es nimmer gehen. Da das Tarifamt ein mit den Unterschriften seiner sämtlichen Mitglieder gedeckte Verteidigung an die erste Stelle im Reich und an die Ministerien gesandt hat, die unsre Leser kennen wie auch unsern in voriger Nummer dazu gegebenen Kommentar, so wollen wir es den Arbeitgeberverbändlern selbst überlassen, über den Effekt ihrer diesem Schritte des Tarifamts vorausgegangenen Abwehr gegen den Geschäftsbericht im stillen Kämmerlein nachzudenken. Zwei solcher Schläge so kurz hintereinander, das muß sogar ein Phrasenreich wie das dieser Vertreter des Herrenstandpunktes in Trümmern gehen lassen. Es wird auch dem Tarifamte nichts ausmachen, wenn der „Arbeitgeber“ ihm zum Schluß seine vollendete Verachtung ausdrückt. Wie es den Herrschaften auch nichts hilft, daß in der folgenden Nummer ihrer Hauspostille „von einem angelegenen Buchdruckereibesitzer“, der, wie ausdrücklich bemerkt wird, „nicht zum Arbeitgeberverbände gehört“ — also ein halber oder ganzer Landesverräter ist —, noch einmal ein Sermon gegen den Geschäftsbericht losgelassen wird, der mehr Malice gegen die an die Spitze der Tarifgemeinschaft gestellten Prinzipale enthält, als sachliche Einwände gegen den Bericht wie gegen die Tätigkeit des Tarifamtes zu machen in der Lage ist.

Die „Zeitschrift“ hat die unglaubliche und unmögliche Tarifreundschaftstheorie des Arbeitgeberverbandes zu dem ganz hübschen Vergleich angeregt, diese Rechtfertigung erinnere an die Verteidigung der besagten Frau, die einen entliehenen Topf zerbrochen zurückgibt mit der Ausrede, daß sie gar keinen Topf von der Klägerin entliehen habe, daß der entliehene Topf aber schon zerbrochen gewesen wäre, und daß sie diesen Topf heil und ganz zurückgegeben habe. Worauf natürlich eifersüchtig ein Vers zu machen ist als auf die unwiderlegliche Tarifreundschaft der Vernunfttarifler. (In der Nummer vom 15. November geht das Prinzipalsorgan in einer solchen Schärfe mit dem Arbeitgeberverband ins Zeug, daß die in unserm ersten Artikel gerügte Unterlassung bei der

Petition des Scharfmacherklubs an den Reichszentraler damit gutgemacht ist. Da dies in einem andern Zusammenhange geschieht, kann auch von uns erst bei einem andern Abschnitte darauf eingegangen werden.)

Der sehr verehrliche Gutenbergbund, den das Arbeitgeberverbandsorgan in seiner neuesten Nummer als die andern „entschieden vaterländisch gesinnten Elemente“ in unserm Gewerbe anspricht, die sich mit den Herren Zilleßen und Geissen „gegen die Tarifpolitik des Geheimrats Bügenstein auseinandergesetzt haben und sie aufs energischste bekämpfen — also Spießgesellen der Scharfmacher comme il faut und „tariffremdblich“ wie diese — ist naturgemäß auch nicht entzückt von dem ihm im Geschäftsberichte gezeigten Wahrheiten. Der junge Mann, den man nach seiner vorzüglichen M. Gladbacher Erziehung für skrupellos genug befunden hat, ein Blatt von dem Kaliber des „Typograph“ zu redigieren, läßt den ganzen Adel seiner Besinnung und die Schärfe seines Beurteilungsvermögens erkennen, indem er sagt, man werde beim Lesen des Geschäftsberichts das Gefühl nicht los, „daß der Verfasser, Geschäftsführer Schlies, Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes ist. Der Bericht liest sich wie eine Agitationsbroschüre des Verbandes“. Im vergangenen Jahre hatte Monsieur Treffer dieses Empfinden nicht! Da hat man den Geschäftsbericht nicht nur kommentarlos abgedruckt, sondern in einer Fußnote zu seiner Leitüre noch ermuntert, „da er auch für unsre Leser Interessantes und Lehrreiches enthält“. Wenn man schon den unsmüngen Standpunkt vertritt, für derartige wichtige Publikationen nur den ursprünglichen Verfasser verantwortlich zu machen anstatt die unterzeichnete Körperschaft, so kann es in der Tat keine bessere Rechtfertigung für den vom „Typ.“ jetzt in Gänzesfüßen als unparteiisch bezeichneten Geschäftsführer des Tarifamts geben als die Dreckschleudereien des sauberen „Typ.“. Wie nicht anders zu erwarten, sucht das Bundesorgan, in die Enge getrieben mit der Verbohrtheit seiner ganzen Fassung, durch Winkelzüge und faktische Kräfte sich zu retten. Wenn z. B. auf die durch ihre Ausdauer tödlich langweilig wirkenden Einschuldigungen gegen die Tariffriedsgerichte dem Gutenbergbund in dem Geschäftsberichte gesagt wird: „... glaubt er (der Gutenbergbund. Red.) öffentlich Lärm schlagen zu müssen gegen die Zusammenfassung der tariflichen Schiedsgerichte, die, wie seit Bestehen der Tarifgemeinschaft allgemein bekannt, den geschlichen Vorschriften über Schiedsgerichte im Sinne des Gewerbegesetzes nicht entsprechen; und zwar insofern nicht, als sie ihre Entscheidungen ohne Zuziehung eines unparteiischen Vorsitzenden treffen“, dann macht der „Typ.“ daraus einfach: „Und das in Institutionen, die, den gesetzlichen Vorschriften ... nicht entsprechen, wie selbst das Tarifamt diesmal offen zugeben muß“. Gewalttätige Umschaltungen und das gewalttätig zusammengeknüllte dann noch in Sperrdruck, das ist gewohnte Fälschermanier beim „Typ.“. Vor Unschuld triest er ebenso wie das Lämmchen Arbeitgeberverband: Das Tarifamt soll uns beweisen, „wo wir Regierung oder gar Staatsanwalt gegen die Tarifgemeinschaft angerufen haben“. Die vielen Broschüren des Gutenbergbundes sind demnach nur — für dessen Mitglieder bestimmt gewesen. Daß die Reichstagsabgeordneten in früheren Jahren mit derartigen Südeleien beglückt wurden, daß weiter auf ausdrücklichen Wunsch der Bundesleitung der Zentrumsabgeordnete Becker im November v. J. und in diesem Frühjahr den Reichstag nicht nur mit Anklagen gegen den „terroristischen“ Verband beglückte, sondern auch die „sozialdemokratische“ Tarifgemeinschaft mit einbezog, wobei ihm einige der sogenannten christlichnationalen Arbeitervertreter sekundierten, ist alles purer Zufall. Und vollends erst die Umfrage der sächsischen Regierung bei den Handels- und Gewerbebekannern über die mit der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker gemachten Erfahrungen, die ausgeprobenmaßen veranlaßt wurde durch die vom Generalsekretariate des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften herausgegebene, von der Bundesleitung aber, wie

eingestanden, inhaltlich gefüllte Broschüre „Buchdruckerart und öffentliches Interesse“! Wir mühten auch nicht, wer — unschuldiger an der ganzen denunziatorischen Hege sein könnte als der Gutenbergbund. Wer aber behaupten wollte, der Arbeitgeberverband sei mit seinen Denunziationspraktiken erst bei den Bundesleuten in die Schule gegangen, muß ein Verleumder genannt werden. Im weiteren raspekt der „Typ.“ wieder die alte Leier von den „Rechten“ des Gutenbergbundes und deren schandbarer Verklammerung durch den Verband ab. Das Necheneingepel 3000:65 000 hat für ihn gar keine Bedeutung, höchstens die, noch weitergehende Befugnisse zugelassen zu sehen, wie sie die kompakte Mehrheit besitzt und besitzen muß nach Recht und Billigkeit. Sehr vernehmlich hört man Klageklänge das Ganze durchziehen über die Unerfährlichkeit des Verbandsstandpunktes. Ja, die Sorge, daß wir die „Gründe der Gerechtigkeit“, die auch von Gönnerseite stets für den Gutenbergbund geltend gemacht werden, mit einem einzigen Zuge vollständig gegenstandslos machen könnten, läßt das Bundesorgan sein bekannt wehleidiges Geseire anstimmen, bei dem auch den stärksten Manne schlecht werden kann. Wenn die großen Dulder sich dann noch auf das gute Recht der Kritik in ihrem Organe berufen und zum Schluß den mutigen Ritter Georg also mimen: „Uns kann auch die Stellungnahme des Tarifamts nicht abhalten, unser Recht weiter zu fordern und weiter dafür zu kämpfen. Wer den Frieden stört, ist nach alledem leicht zu erkennen, so schleichen kundige Ehebaner daraus nur auf weitere und vielleicht noch gewissenlosere Denunziationspraktiken, die für den edlen Gutenbergbund freilich solche nicht sind, denn: „Wenn die Öffentlichkeit sich einmüht, dafür können wir nicht!“ Zu einem offenen, ehrlichen Kampfe hat dieses von künstlicher Fütterung lebende Meinentenvolk ja keine Courage.

Nun ist der diesmalige Geschäftsbericht des Tarifamts nicht nur für den Arbeitgeberverband und für den Gutenbergbund eine Gewissenspredigt geworden, sondern auch für den Deutschen Buchdruckerverein. Es kann für den, der den dieser Organisation gewidmeten weitläufigeren Passus genau gelesen hat, kaum ein Zweifel bestehen, daß die fraglichen Auslassungen mit gemischten Gefühlen aufgenommen sind. Wenn darüber nun Schweigen herrscht in der Prinzipalsöffentlichkeit, so zeugt das in erster Linie von einer diplomatischen Geschicklichkeit, die immer wieder an den Unternehmerverbänden zu bewundern ist, selbst bei genügender Würdigung der Zahlenunterschiede mit den Gewerkschaften.

Da sich noch ein weiterer Artikel notwendig macht, so kann auf die Stimmung in Prinzipalskreisen noch dieses oder jenes Licht geworfen werden, woraus sich dann zur Beurteilung der Situation für die Gehilfenschaft gewisse Schlüsse ergeben dürften.

Der Zug nach der Großstadt in anderer Beleuchtung.

In Nr. 129 des „Korr.“ wird diesem Kapitel wieder einmal ein Artikel gewidmet und darin nachzuweisen versucht, daß durch den Zug nach der Großstadt seitens der Gehilfen die große Arbeitslosigkeit zum wesentlichen Teile mitverschuldet wird. Diese Behauptung mag ja zutreffen. Notwendig war es aber, wie in dem genannten Artikel ja gesehen, daß auch den Prinzipalen einmal vorgehalten wurde, inwiefern sie an der Arbeitslosennunzierung in der Großstadt resp. dem angeblichen Gehilfenmangel in der Provinz mitschuldig sind.

Ich möchte die Behauptung aufstellen, daß die Prinzipale hierbei nicht bloß zum kleinen Teile, sondern ebensoviel, wenn nicht noch mehr die Schuld tragen als die Gehilfen, und zwar in erster Linie durch die Nichtbenutzung der Arbeitsnachweise. Der Beweis hierfür ist leicht zu erbringen und brauche ich z. B. nur auf unsern Gau Erzgebirge-Wogtland nebst seinem Vororte Chemnitz zu verweisen, wobei ich auch nicht daran zweifle, daß in andern Gauen dasselbe gutate tritt. Während des Sommerhalbjahrs (April bis September) zählten wir im Gau bei etwa 1600 Gehilfen gegen 300 Arbeitslose, in Chemnitz allein bei ungefähr 575 Gehilfen durchschnittlich 40, eine Woche sogar 52 Arbeitslose. Für letzteren Ort eine unverhältnismäßig hohe Zahl, besonders da Wert- oder sonstige Großdruckerereien, außer einer mit reichlich 100 Gehilfen, nicht vorhanden sind, und deshalb das Verlangen nach einer größeren Zahl von Arbeitskräften so gut wie nicht vorkommt.

Viele dieser Arbeitslosen wären, besonders um der Aussteuerung zu entgehen, sehr gern in die Provinz gegangen, wenn sie von Arbeitsnachweise vermittelt werden könnten. Aber hier liegt eben der Hase im Pfeffer. Auf der einen Seite jammern die Provinzprinzipale über Gehilfenmangel, aber selten fast benutzen sie den Nachweis. Ob sie vielleicht das Fahrgehalt reut, was sie bei Vermittlung durch den Nachweis zahlen müssen? Es wäre ein Leichtes gewesen, den Chemnitzer Arbeitsnachweise zu entlasten, wenn wir sehen, daß vom Mai bis September durch die Provinzprinzipale nicht weniger als 240 Gehilfen (außer den Nichtmitgliedern) aus andern Gauen herangeholt wurden! (Bekanntlich ist im Gau Erzgebirge-Wogtland der stärkste Bedarf.)

Die gleiche Nichtbeachtung des Nachweises legten auch die Chemnitzer Prinzipale selbst an den Tag, trotz der wiederholten Bekanntmachung des Tarifamts. Zum Beispiel wurden in derselben Zeit in Chemnitz bei einer Gesamtgehilfenzahl von 575 bis 600 h. Loß 86 Gehilfen von auswärts engagiert. 52 Arbeitslose am Orte warten aber vertrauensvoll, daß ihnen vom Nachweise Kondition nachgewiesen wird! Bedarf es wohl eines besseren Nachweises für die Mithilfe der Prinzipale an dem Aufsammlern der Arbeitslosen in den Großstädten?

Wohl hat man auf Seite der Prinzipale die Ansrede, daß es sich bei den von auswärts Engagierten um Spezialkräfte handle, aber wie diese Spezialkräfte mitunter beschaffen sind, sieht man am besten bei deren Eintreffen. Eine weitere Ansrede der Prinzipale ist noch die, daß sie vom Arbeitsnachweise meist minderwertige Kräfte vermittelt bekämen. Als ob sie die Garantie hätten, daß die von auswärts bezogenen Leute tüchtigere Kräfte sind? Und dann fällt es doch größtenteils auf die Prinzipale zurück, wenn so viele Gehilfen in der Lehre nicht richtig ausgebildet werden. Die Gehilfen geben sich durch technische Kurse usw. gerade Mühe genug, um den Nachwuchs weiter auszubilden.

Daß unter solchen Umständen die Arbeitslosen missmutig über die ganze Nachweissache werden und zur Selbsthilfe, dem Umschauen, greifen und dadurch den paritätischen Nachweis fast illusorisch machen, ist erklärlich. Also der Wunsch ist nur zu berechtigt, daß die Prinzipale den Nachweis besser berückichtigen möchten. Der Verband andersseits wird die nötigen Maßnahmen zu treffen wissen, daß auch seine Mitglieder in die Provinz gehen, dann erst wird eine Besserung eintreten. Chemnitz. — 1.

Zug nach der Großstadt.

Zurzeit häufen sich die Klagen der Prinzipale gegen die Gehilfen mehr und mehr. Einerseits betreffen sie das schlechte Gehilfenmaterial, andererseits die unzureichende Leistung und wiederum auch den Mangel an Arbeitskräften in der Provinz. Es dürfte schwer halten, unsre „Meister“ zu überzeugen, daß auch sie einen großen Teil an diesen Missständen verschulden.

ziehen wir einmal die Lehrlingsausbildung in den Bereich unserer Betrachtungen, so werden wir finden, daß unser Nachwuchs zu häufig noch zu nebensächlichen Arbeiten herangezogen wird. Auch werden die Lehrlinge vielfach noch zu Hausrechtsdiensten verwendet, und dies besonders in der Provinz. Kommen nun diese jungen Leute in eine andre Druckerie, so genügen sie meistens den Anforderungen des neuen Prinzipals nicht, was zur Folge hat, daß sie entlassen werden und der betroffene Prinzipal das bekannte Klageleid anstimmt: Man kann keinen tüchtigen Gehilfen mehr bekommen! Die Prinzipale sollten sich einmal in ein solch entlassenes „Gehilfenherz“ zu vertiefen suchen, d. h. psychologische Betrachtungen über die Lage eines solchen unfertigen Gehilfen anstellen. Daß ein solcher Kollege innerhalb wie außerhalb der Druckerie seine geistigen, körperlichen und auch materiellen Kräfte aufwendet, um über die Klippe der Unfähigkeit hinwegzukommen, dürfte einleuchten.

Wie es hier mit dem Streben der jungen juristisch-gebliebenen Gehilfen ist, so auch meistens bei den älteren. Wohl jeder ist bemüht, sein Bestes in Qualität und Quantität zu geben, um ein paar Mark über das Minimum bei diesen teuren Zeiten seinem Prinzipal abringen zu können. Deshalb ist der Vorwurf über Zurückhaltung der Leistungen der Gehilfen geradezu unverständlich, da man doch tagtäglich in der Praxis beobachten kann, wie jeder einzelne bestrebt ist, seine Kenntnisse über die seines Nebenfolgen hinaus zu bringen.

Wenn wir mit diesen zwei Punkten verhält es sich mit dem dritten: Mangel an Gehilfen in der Provinz. Jeder, der schon mehrere Jahre an verschiedenen Orten in der Provinz tätig war, wird mit mir übereinstimmen, daß der Stamm des Provinzpersonals zum großen Teil aus Einheimischen besteht, die auch dauernde Posten innehaben. Wird nun ein Kollege von auswärts engagiert, so wird er bei eintretendem Arbeitsmangel der erste sein, der den „Sack“ bekommt und dann meistens auch gezwungen ist, den ihm lieb gewordenen Ort zu verlassen, was in der Großstadt ja nicht der Fall ist. Der Boden des Lebensmittels und Wohnungen für den Ledigen in der Provinz nicht viel billiger sind als in der Großstadt, bezahlen die Prinzipale meistens nur das Minimum. Es kommt sogar vor, wie Kollege Knie in einer Stuttgarter Versammlung ganz richtig bemerkte, daß so ein Kollege oft mit weniger Vermitteln nach der Großstadt zurückkehrt, als er von dieser in die Provinz mitgenommen hatte.

Auch die Behandlung, ganz besonders den Vertreter gegenüber, läßt viel zu wünschen übrig, weil

die Provinzprinzipale die Verhältnisse ihrer Gehilfen zu genau kennen und daher wissen, daß ein Fortzug nicht so ohne weiteres möglich ist. Mit den sanitären Verhältnissen steht es nicht viel besser. Man findet Maschinen- und Segeerfaal oft in einem Raume vereinigt, was doch die Segeer in ihrer Arbeit stört. Ventilation ist zumeist auch nicht vorhanden, und die Notdurftanstalten spotten manchmal jeder Beschreibung. Wird ein Kollege wegen solcher Mißstände vorstellig, so muß er befürchten, bei einer passenden Gelegenheit aus der Druckerei hinausgewinnelt zu werden.

Der Hauptgrund des Zuguzins in die Großstadt dürfte wohl die Fortbildungsmöglichkeit für billiges Geld und etwas mehr Selbstbestimmtheit des einzelnen sein. Zumeist müssen die Provinzkollegen die Wahrnehmung machen, daß die besserbezahlten, d. h. die ersten Kräfte immer aus der Großstadt engagiert werden. Und da doch jeder Mensch mit etwas Ehrgeiz befaßt ist und daher darauf aus ist, mehr zu verdienen so glaubt der Provinzkollege, dies eher durch die Ausbildungsgelegenheit in der Großstadt zu erreichen. Daß das natürlich nicht jedem gelingt und nicht wenige sich enttäuscht sehen, hat ja der angezogene Artikel unseres Verbandsorgans schon zum Ausdruck gebracht. Mit der theoretischen Ausbildung muß auch die praktische Hand in Hand gehen. Wie aber jeder Mensch nur durch die Erfahrung zu belehren ist, so ist es auch hier der Fall.

Um aber diesem Uebelstande zu steuern, wäre es angebracht, wenn unsere Prinzipale in der Provinz den Verhältnissen des betreffenden Ortes entsprechend ein paar Mark über das Minimum bezahlen würden. Ganz besonders sollte dies der Fall sein bei Ausschuldbestimmungen. Auch sollten sie — die Provinzprinzipale — nicht bei jedem vorübergehend eintretenden Arbeitsmangel Entlassungen vornehmen, denn es ist nicht jedermanns Geschick, aller Viertel- oder Halbjahre den Wohnsitz zu wechseln.

Es ist aber heutzutage bei den Prinzipalen gang und gäbe, die Schuld immer auf die Gehilfen abzuladen, ohne zu bedenken, daß alle Erscheinungen auch ihre Ursachen haben. B. L.

Hinaus in die Provinz!

Wie oft hat man diesen Ruf in „Korr.“ schon lesen können, und jeder, der die dafür angeführten Gründe berücksichtigt, wird wohl in den Ruf mit einstimmen. Auch in Nr. 129 des „Korr.“ beschäftigt sich ein längerer Artikel mit dem Thema „Der Zug nach der Großstadt“, dessen Schlusssatz lautet: „Hinaus in die Provinz!“ Auch in diesem Artikel sind die Gründe, die in Betracht kommen, einen übergroßen Umfang von Arbeitskräften aus der Großstadt fernzuhalten, an sich gerechtfertigt. Doch vermisse ich, und mit mir vielleicht noch andere Kollegen, die Gründe, warum der größte Teil der Gehilfen in unserm Gewerbe die Provinz meidet und lieber sein Domizil in der Großstadt aufschlägt.

Nicht immer ist es das Großstadtleben oder der Mensch in großen Betrieben zu konditionieren, der diesen und jenem Kollegen die Provinzstädte und -städtchen verfaßt macht. Nein! In vielen, ja, ich möchte sogar behaupten in den meisten Fällen sind die Lebensverhältnisse, die man möge den Kopf schütteln oder nicht, in den kleinen und kleinsten Städten gerade für den unverheirateten Kollegen durchweg teurer sind als in der Großstadt, und die teilweise noch ungerechte Verteilung der Sozialzuschläge daran schuld.

Vor einigen Wochen bekam ich auf ein Inserat eine Stellung in der Nähe von Frankfurt a. M. in einem Städtchen von 7000 Einwohnern. Dasselbe hat keinen Sozialzuschlag. Gleich bei meinem Eintritt erklärte mir der Prinzipal, daß es mir wohl schwer fallen würde, volle Pension in einer Familie zu finden. Als ich dann auf die Suche nach einem Logis ging, wurde mir mein neues Arbeitsfeld gleich von Anfang an gründlich verleidet. 30 Mk. für den Monat war der billigste Preis, der mir für ein möbliertes Zimmer ohne Pension abgefordert wurde. Andre Zimmer, die ich mir ansah, waren noch teurer. Privatmittagsstisch war im ganzen Orte nicht zu haben. Die jungen Leute sind infolgedessen auf das Wirtshausleben angewiesen. In der Druckerei arbeiteten außer mir noch zwei Handseger, die ortsanfässig und bei ihren Eltern waren, und ein Maschinenseger, der mit seinem höheren Lohne schon besser auskam. Da mir vom Chef eine Erhöhung meines Lohnes mit der Begründung verweigert wurde, daß für ihn die Bezahlung des Minimums (ich bin 26 Jahre und habe also die höchste Stufe von 27,50 Mk. erreicht) schon hoch genug wäre, zog ich es vor, mein Augenmerk wieder auf die Großstadt zu richten, wo ich erfahrungsgemäß mehr verdienen und billiger leben konnte, da einem dort die Möglichkeit geboten ist, seine Lebensweise dem Einkommen anzupassen, was in der Provinz fast in keiner Stadt möglich ist.

Den angeführten Fall habe ich herausgegriffen, da er sich erst in den letzten Wochen ereignete. Doch habe ich selber und speziell in Rheinlands-Westfalen gleiche oder ähnliche Erfahrungen gemacht. Ich glaube, wenn die Herren Prinzipale in der Provinz mehr Einsehen hätten und ihre Gehilfen den Verhältnissen entsprechend etwas über das tarifliche Minimum hinaus entlohnen würden, würden sie weniger über den Mangel an Arbeitskräften zu klagen haben. Ebenso würde den Gehilfen der Aufenthalt in der Provinz weniger unangenehm erscheinen.

Wannheim.

Gustav Schneider.

Anmerkung der Redaktion: In diesem wie den beiden vorausgehenden Artikeln sind zweifellos beachtenswerte Momente enthalten, zu beherzigen nicht am letzten von den Prinzipalen. Aber es sind auch schiefe Auffassungen anzutreffen, und auf den Kern der Sache ist eigentlich keiner der Artikelschreiber zu sprechen gekommen. Wir sagten schon in unserem Aufsatz „Der Zug nach der Großstadt“, daß es sich hier um ein neues und bedeutsames gewerkschaftliches Problem handelt, das nicht nur uns Buchdrucker betrifft. Ein solches Thema kann nicht auf einen Zug ersöpfend behandelt werden. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt es noch weiter beleuchten. Diese drei Artikel sind gleichwohl als gute Anregungen zu bewerten.

Korrespondenzen.

Wachsbunburg. Am 26. Oktober hielt der hiesige Ortsverein seine fällige Monatsversammlung ab, die einem einigermaßen guten Besuch auswies. Zunächst unterhielt man sich über den Besuch der Leipziger Ausstellung 1914, und man kam überein, von Neujahr ab eine Spargelgelegenheit einzurichten, um die Ausstellung allgemein besuchen zu können. Nun kam ein Punkt an die Reihe, welcher im heurigen Jahre schon öfter die Tagesordnung zierte, aber immer wieder unter den Tisch fiel: „Wiederbeitritt zum Gewerkschaftskartell“. Dieser Antrag wurde diesmal mit 15 gegen 7 Stimmen angenommen, bei 5 Stimmenthaltungen. Die Diskussion gestaltete sich zu einer ziemlich erregten und ausgedehnten. Da der Wiederbeitritt aber auch wieder Geld kostet und die Ortsliste einen Rückgang aufweist, so wurde nach kurzer Debatte der Ausschußantrag: „Erhöhung des Wochenbeitrags um 10 Pf.“, mit 21 Stimmen angenommen. Der Wiederbeitritt zum Kartell und die Erhöhung des Beitrags treten am 1. Januar 1913 in Kraft. Die Wahl der Delegierten findet im November statt. Mögen nun die Kollegen auch nicht erlahmen, für die allgemeine Sache einzutreten, besonders in der jetzigen Zeit, wo trübe Wolken das gesamte Wirtschaftsleben bedrohen. Möge man aber auch in Zukunft die Versammlungen ebenso zahlreich besuchen wie die vergangenen, und dabei beherzigen, daß diese nicht zur Entzweiung, sondern zur Vereinigung dienen sollen.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinensegerverein.) Am 3. November hielt der Verein seine sehr gut besuchte Monatsversammlung im „Gewerkschaftshaus“ ab. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende ein Rundschreiben des Verbandes der Typographischen Gesellschaften betreffs Abonnement auf „Das moderne Bier“ bekannt. Die Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt ist hier in Berlin immer noch sehr schlecht; haben wir doch immer noch 51 arbeitslose Maschinenseger. Ein wiederholter Irrtum unter den Kollegen ist, daß diese glauben, in den ersten vier Wochen nach Eintritt ihrer Kondition diese jeden Tag verlassen zu können. Das ist nur der Fall, wenn sie ausdrücklich auf Aufnahme oder Probe eingestellt werden. Bei Sonderabmachungen mit den Geschäftsleitungen empfindlich es sich, die Vereinbarungen schriftlich zu fixieren, da diese, wenn sie nur mündlich vereinbart sind, keine Gültigkeit haben. Hierauf wuidmete der Vorsitzende dem Kollegen Böllhoff herzlich Worte der Anerkennung aus Anlaß seiner 40jährigen Verbandsmittgliedschaft, auf die Kollege Böllhoff am Versammlungsstabe zurückblicken konnte. Er ist der Gründer unseres Vereins und bis Anfang dieses Jahres Kassierer der Zentralkommission gewesen. Ganz besonders verdiente es hervorgehoben zu werden, daß der Jubilar seit Bestehen des Vereins nicht eine einzige Versammlung veräußt habe. Im Namen des Vereins sprach Kollege Braun die herzlichste Gratulation mit dem Wunsche aus, daß es uns vergönnt sein möge, Kollegen Böllhoff noch recht lange in unsern Reihen zu sehen. Unter „Technisches“ wurde vom Kollegen Michael der Selbstableger am Typograph in eingehender Weise erklärt. Sodann hielt Kollege Ebel einen Vortrag über: „Der Tarif in den Jahren 1892—1896“. Redner verstand es, die Kollegen in anderthalbstündigem Vortrage zu fesseln, und reicher Beifall wurde ihm für seine trefflichen Ausführungen zuteil. Es fanden zwölf Neuaufnahmen statt. Nächste Versammlung am 1. Dezember.

Diedenhofen. Zu der am 2. November einberufenen Monatsversammlung war Gauvorsteher Algner (Straßburg) erschienen, um den Mitgliefern des hiesigen Ortsvereins den Bericht über die Gauvorsteherkonferenz zu geben. Nachdem die geschäftlichen Punkte erledigt waren, gab uns unser Gauvorsteher in einer zweistündigen Rede ein Bild über die in der Konferenz gepflogenen Verhandlungen. Mit größtem Interesse folgten die Kollegen den Ausführungen des Referenten. Sie erklärten sich mit den Ausführungen einverstanden einverstanden und dankten dem Referenten in besonderer Weise. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung, zu welcher auch die Algninger Kollegen auf Einladung hin erschienen waren. Bedauerlicherweise ist, daß gerade die älteren Kollegen es vorgezogen hatten, durch Abwesenheit zu glänzen. Gerade diesen Kollegen sei empfohlen, in Zukunft die Versammlungen zu besuchen und persönliche Reibereien fallen zu lassen.

Dresden. (Maschinenseger.) Die gutbesuchte Versammlung nahm vom Vorsitzenden die Beschlüsse der verschiedenen Eingänge mit Interesse entgegen, darunter das Rundschreiben des Karlsruher Maschinensegervereins. Ein Mitglied wurde neu aufgenommen. In diesem Jahre beschäftigt sich schon drei Tariffriedsgerichtsungen mit

Maschinensegerangelegenheiten; zwei verliefen günstig für unsere Kollegen, eine ungünstig. Unter „Technisches“ wurde u. a. eine vom Kollegen W. Möbiger (Dresden-Plasewitz) hergestellte Magazinbürste einer Besprechung unterzogen. Mit dieser Bürste kann man einzelne Kanäle, in der oberen und unteren Führung zugleich, schnell und sicher reinigen, ohne mehr als drei Kanäle zu entleeren. Alle Kollegen, die diese Bürste im Gebrauche haben, sprachen sich sehr lobend darüber aus. Die nächsten Versammlungen finden umständehalber am 1. Dezember, 6. Januar, 9. Februar (Generalversammlung) statt. Der Vorsitzende schloß mit dem Wunsche, daß die Versammlungen immer so gut besucht sein möchten.

E.-R. Giesleben. Am 2. November feierte der hiesige Ortsverein sein acht es Stiftungsfest im Vereinslokale. Nach der Begrüßung der anwesenden Kollegen und einem Rückblick des Vorsitzenden auf die verlossene Zeit, erhielt der Festredner, Kollege Neghäuser (Leipzig), das Wort. In zweistündiger, mit großer Aufmerksamkeit gehörter Rede feststellte der Vortragende die zahlreich erschienenen Kollegen und verbreitete sich auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens aufs eingehendste. Redner gab einen großzügigen historischen Rückblick; das Entstehen des Verbandes von seinen Anfängen und seine Weiterentwicklung bis zur Gegenwart in jeder Weise interessant beleuchtend. Die Ausführungen hinterließen auf die gespannt Zuhörenden einen tiefen Eindruck, der sich am Schluß in spontanem Beifall äußerte. Nach dem offiziellen Teile blieben die Kollegen noch in schönster Harmonie unter den Klängen der Hauskapelle sowie gemeinsamem Niedegegang und diversen Ansprachen bis zur frühen Morgenstunde vereint. Zu bebauern war nur die in letzter Stunde erfolgende Abgabe der Sangerhäuser Kollegen, nachdem diese vorher erklärt hatten, von untrier Einladung ausgiebigen Gebrauch zu machen; sie wären sicher auf ihre Rechnung gekommen.

Halberstadt. Am 27. Oktober fand unsere diesjährige Herbstbezirksversammlung bei sehr guter Beteiligung im „Odeum“ statt. Anwesend waren 132 Kollegen, welche sich auf folgende Rudortorte verteilten: Halbe Stadt 58, Osterwieck 33, Wernigerode 32, Oschersleben 6. 18 Vertreter des Gauw in der Kollege Ohls (Halle) erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhte die Versammlung das Ableben des Kollegen Niehoff (Wernigerode) in üblicher Weise. Nach Anbringen eines Begrüßungswortes seitens des Gesangsvereins „Typographia“ (Halberstadt) fand der geschäftliche Teil seine Erledigung. Anschließend gab der Bezirksleiter Treff einen kurzen Bericht über die Gauvorsteherkonferenz sowie über die Bezirksleiterkonferenz. Hierauf folgte ein Situationsbericht aus dem Bezirke. Die sich anschließende Diskussion zeigte, daß die Kollegen mit dem Resultate der gepflogenen Verhandlungen zufrieden waren. Den Hauptangelegenheitspunkt der Tagesordnung, nämlich das soziale Referat unseres zweiten Verbandsvorsitzenden Peter Grafmann (Berlin) mit dem Thema: „Gewerkschaftliche Probleme“. In etwa anderthalbstündigen Ausführungen verstand es der Referent in ausgezeichnete Weise, den Kollegen diesen Vortrag verständlich zu machen und so die Aufmerksamkeit der Zuhörer zu fesseln. Reicher Beifall besahnte den Redner für seine vortrefflichen Worte. Alle Diskussionsredner erklärten sich mit den Ausführungen einverstanden, und es wäre zu wünschen, wenn die Ausführungen des Referenten auf fruchtbaren Boden gefallen wären. Bei dem Punkte „Wahl des nächsten Versammlungsorts“ wurde einstimmig die schöne Harzstadt Wernigerode bestimmt. Nach kurzem Resümee des Bezirksleiters schloß die gut verlaufene Versammlung. — Nach Schluß der Versammlung fanden sich die Kollegen noch zu einem gemüthlichen Beisammensein im Vereinslokale des Gesangsvereins zahlreich ein.

Kr. Halle a. S. Aus Anlaß des Scheidens des Kollegen Gildenberg, der nach 13jähriger erfolgreicher Tätigkeit seine hier innegehabte Stellung als Arbeitersekretär verlassen hat, um sich in Hamburg der Arbeitersache auch fernerhin zu widmen, hatte der Ortsverein am 2. November einen Abschiedsabend veranstaltet. Gesang und Musik, allgemeine Lieder und Ansprachen wechselten in bunter Reihenfolge und gestalteten diesen Abend zu einer von echt kollegialem Geiste erfüllten Feier. Während seiner langjährigen Tätigkeit ist Kollege Gildenberg als Vorsteher des Gewerkschaftskartells der Halleischen Arbeiterschaft, insbesondere aber unser Ortsverein ein treuer Berater und Förderer gewesen. Vor allem aber war er auf dem Plane zu finden, wenn es galt, die Interessen unseres Ortsvereins zu verteidigen und Angriffe, woher sie immer kamen, abzuwehren. Höchst ungerne sieht ihn deshalb die hiesige Kollegenchaft scheiden und ihre besten Wünsche begleiten den Scheidenden nach seinem neuen Wirkungskreise.

Serford. Dem Beispiele der Kollegen anderer Orte folgend, ist von den Mitgliedern unseres Ortsvereins am 3. November eine „Typographische Vereinigung“ hier gegründet worden. Daß ein reges Interesse für fachliche Ausbildung besteht, bewies die Beitrittserklärung von 40 Mitgliefern. Nach Konstituierung des Vorstandes wurde der sofortige Anknüpfung an den Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften beschlossen. Alle Verbände, welche uns mit Zusendungen usw unterstützen wollen, werden gebeten, solche an unsern Archivar, Kollegen Heinrich Hesse, Rennstraße 37, gütigst senden zu wollen. Die Leitung der Abendsabende hat in zuvorkommender Weise Kollege W. Lesemann übernommen.

B. Gilden-Beurath. In der Versammlung am 2. November erstattete uns Kollege Born (Lübbendorf) ein sehr interessantes Referat über: „Die gegenwärtige

Lage in unserm Gewerbe und die auf der letzten Gauvorsteherkonferenz beschlossenen Maßnahmen. Die wie immer von allen Kollegen besuchte Versammlung sollte dem Referenten am Schlusse des Vortrags lebhaften Beifall. In der sich anschließenden kurzen Diskussion erklärte man sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und begründete es, daß angesichts der ersten Zeit der Verhandlungsvorstand und die Gauvorsteherkonferenz bestrebt gewesen seien, die nötigen Maßnahmen rechtzeitig zu ergreifen. Hierauf erfolgte Schluß der schön verlaufenen Versammlung.

Kassel. (Maschinenfegervereinigung Kassel-Göttingen.) Die Monatsversammlung vom 2. November beschäftigte sich u. a. mit einem Zirkulare der Maschinenfegervereinigung Karlsruhe. Die Versammlung stellt gleich vorgenannter Vereinigung auf dem Standpunkte, daß eine Tarifverlegung von seiten der dortigen Seberschule vorliegt. Der Tarif schreibt eine dreizehnwöchige Lehrzeit vor, während von der Seberschule nur eine sechswöchige Lehrzeit gefordert wird. Die Feststellung in einer Hannoverischen Versammlung, daß eine Leistung von 6400 Buchstaben an der Linotype eine gute Durchschnittsleistung sei, unterstützte die Versammlung. Kollege H. Schmidt hielt einen Vortrag an Hand der Broschüre des Kollegen Höhne (Berlin) über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse an Seemaschinen im Auslande“, der mit Beifall aufgenommen wurde und eine rege Diskussion auslöste. Es wurde mitgeteilt, daß in Kürze bei einer hiesigen Firma die dritte Schicht eingeführt werden solle. Das achte Stiftungsfest, das in Form eines Sommerfestes mit Damen gegeben werden soll, findet am 7. Dezember statt. — Am 3. November fand eine Besichtigung des neuen Elektrizitätswerkes der Stadt Kassel statt, wozu die Kollegen recht befriedigt schieden. Für Dezember ist ein Vortrag über Orthographie in Aussicht genommen.

Leipzig. (Typographische Vereinigung.) Im verklossenen Vierteljahre hielten Vorträge die Kollegen Kresschmar über „Die Entwicklung der Schnellpresse“, Pfahrra über „Schriftgiebereiheiten“, Kraus über den „Rircher Wettbewerb“, Hillner über den „Johannisfestprogramm Wettbewerb“, Frotzger über „Die Schülerarbeiten der Leipziger Lehranstalt“, Schmidt über den „Köliner Diplomwettbewerb“, Arbeiterbildungssekretär Hennig über „Gute und schlechte Literatur“, ferner nach Kollege Richter über „Johannisfestbruderschaften“. Sämtliche Vorträge waren außerordentlich gut besucht. Das Bestreben, sich technisch zu vervollkommen, ist sehr stark bei unsern Mitgliedern entwickelt. Die Typographische Vereinigung hielt es deshalb für angebracht, folgende Kurse zu errichten: zwei Anfängerkursen mit je zwei Abteilungen, einen Stützlehrlingskurs für Fortgeschrittene, zwei Schriftschreiberkurse, einen Farbenschnittkurs gemeinsam mit den Druckern, zwei Meisterprüfungs-kurse. Tatsachen beweisen mehr als Worte, und die Typographische Vereinigung Leipzig beweist, daß die Pflichten, die der Tarif den Gehilfen auferlegt, von ihr in weitgehendstem Maß erfüllt werden. Keine Dialektik dürfte in diesem Maße sein, diese Tatsache zu verkennen.

O. Marienwerder. (Vierteljahrsbericht.) Auch an unsern Ortsvereine sind die augenblicklichen Erscheinungen in unserm Gewerbe nicht unbeachtet vorübergegangen. In den letzten drei ziemlich gut besuchten Versammlungen hat es sich der Vorsitzende Zilian angelegen sein lassen, über die gegenwärtigen tarifrechtlichen Bestrebungen gewisser Kreise zu referieren. Diese Referate fanden stets beifällige, verständnisvolle Aufnahme, wie auch sonst das Vereinsleben ein reges und kollegiales zu nennen ist. — Am 27. Oktober hatten wir das Vergnügen, unsern Gauvorsteher Magroski (Danzig) in unserer Mitte zu begrüßen, der uns in fünfviertelstündigen Vortrag ein klares Bild über die Situation in unserm Gewerbe entrollte und im Anschlusse daran den Bericht über die Gauvorsteherkonferenz erstattete. Aufmerksamkeit lauschten die zahlreich erschienenen Kollegen seinen Ausführungen, und stürmischer Beifall wurde dem Referenten am Schlusse seiner Rede zuteil. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Doch konnte festgestellt werden, daß die Anwesenden mit den Maßnahmen der Gauvorsteherkonferenz einverstanden waren. Mit Worten des Dankes an den Vortragenden und der Aufforderung, stets fest zur Organisation zu stehen, schloß Vorsitzender Zilian die Versammlung.

Nordenhau (Olbog). Vor vollzähliger Versammlung berichtete hier (Wann? Red.) Gauvorsteher Osieta (Bremen) über die Gauvorsteherkonferenz. In berebten Worten schilderte Referent die Verhandlungen und Beschlüsse. Der reiche Beifall und die Diskussion gaben Kunde von dem vollen Einklange mit den Beratungen. Betont wurde in der Diskussion, unsre Kontrahenten in der Tarifgemeinschaft hätten ebensogut wie wir die Pflicht, die Mißstände im eignen Lager zu beseitigen. Nach einigen Schlussworten des Gauvorstehers, in denen er die Kollegen zur Einmütigkeit aufforderte, wurde eine die Situation kennzeichnende Resolution einstimmig angenommen.

Oppeln. In der am 2. November abgehaltenen, mäßig besuchten Monatsversammlung, zu der auch zwei Kollegen aus Krappitz erschienen waren, hielt Gauvorsteher Fiedler (Breslau) einen Vortrag über: „Wichtige Tagesfragen“. Von den Schwierigkeiten, unter welchen der neue Tarif unter Dach gebracht wurde, ausgehend, schilderte der Referent in klarverständlicher Weise die gegenwärtige Situation im deutschen Lohnnehmertum im allgemeinen und die unter unserm neuen Tarif immer mehr zutage tretende scharfmacherische Tendenz bestimmter Prinzipalgruppen im besonderen, als deren Folge die Gründung des „Fonds für besondere

Zwecke“ zu betrachten ist. Er beachtete die Schlagworte „Zurückhaltung der Leistungen“, streifte u. a. auch die in diesem Jahr untre Klassen schwer belastende überaus große Arbeitslosigkeit und ging dann zu den Beschlüssen und Beratungen der Gauvorsteherkonferenz über. Reicher Beifall lohnte dem Redner am Schlusse seiner etwa anderthalbstündigen belehrenden Ausführungen. Zu dem Referate nahm Kollege Turczynski in zustimmendem Sinne das Wort. Vorsitzender Wölkel konstatierte sodann, daß die Versammlung mit den Ergebnissen der Gauvorsteherkonferenz einverstanden sei und ersuchte die Kollegen, durch aufmerksamem Lesen des „Korr.“ die Situation zu verfolgen, damit sie von etwa später eintretenden Ereignissen nicht überrastet werden.

r. Regensburg. Zu einem recht interessanten Referate: „Berichterstattung über die letzte Gauvorsteherkonferenz“, des Gauvorstehers Seix (München) hatte sich am 2. November eine größere Anzahl der hiesigen Kollegen eingefunden. Wie gewohnt, entlebte sich der Referent korrekt und ohne Umschweife seiner Aufgabe, keinen von den Anwesenden im Zweifel lassend, daß wir ersten Zeiten entgegengehen. (Die in den hiesigen Geschäften fast einheitlich eingeführte „neue“ Arbeitsordnung allein läßt schon „tief blicken“. D. Schr.) Es gilt nun für alle Kollegen, die zum Schluß an uns gerichteten Worte zu beherzigen und einmütig zusammenzustehen. Mühen doch auch diejenigen unser Kollegen zur Einsicht kommen, die nur alle fünf Jahre einmal auf dem Plan erscheinen!

Schwelm. Die am 2. November abgehaltene Ortsvereinsversammlung war von fast allen Mitgliedern besucht, außerdem waren vom Warmer Bezirksvorstande drei Mitglieder und mehrere auswärts konditionierende Kollegen erschienen. Der Grund hierfür war, daß nach Erledigung der Tagesordnung das 25-jährige Jubiläum des Kollegen Joseph Steiner gefeiert wurde. Der Vorsitzende des Ortsvereins hielt eine längere Ansprache, in der er den Jubililar als einen Kollegen bezeichnete, der auch unter ungünstigen Verhältnissen seine Mitgliedschaft gewahrt, und der sich besonders um die Gründung des hiesigen Ortsvereins vor nunmehr 16 Jahren verdient gemacht habe. Er stellte den Jubililar allen Mitgliedern als nachahmenswertes Beispiel vor. Noch verschiedene Reden wurden gesprochen, und die Feier nahm den bekannten Verlauf gemüthlicher Buchdruckerfeste. — Unser Ortsverein zählt gegenwärtig 25 Mitglieder.

Stendal. Am 27. Oktober fand die Bezirksversammlung unter reger Beteiligung der Mitglieder statt. Der Bezirksleiter erstattete nach kurzen Begrüßungsworten den Bezirksbericht. In Salzwedel gelang es, eine Firma der Tarifgemeinschaft zuzuführen, während ein Vorgehen bei den beiden größten Druckereien Hoffmann und Menzel erfolglos verlief. Der Mißerfolg ist in dem Verbalten der dortigen Gehilfen begründet. Usdann gab Kollege Fink (Galle) den Bericht von der Gauvorsteherkonferenz, Redner erläuterte eingehend die von der Konferenz beschlossenen Maßnahmen. Die Versammlung war mit der Haltung der Gauvorsteher einverstanden. Eine rege Diskussion entspann sich über die Vorschläge zur Veränderung des Statuts. Hoffen wir, daß die Generalversammlung das Richtige zum Allgemeinwohl beschließen wird. Die Mitteilung von der geplanten Neueinteilung des Gaus wurde lebhaft begrüßt. Mit einem Hoch auf unsern Verband endete die schön verlaufene Versammlung.

Wärzburg. Die am 2. November stattgehabte Mitgliederversammlung erfreute sich eines verhältnismäßig besseren Besuchs als die vorausgegangene, wohl zufolge der diesbezüglichen Ermahnung des Vorsitzenden und nicht in letzter Linie wegen des für diese Versammlung vorgesehenen Referats über die neue Reichsversicherung. Vor Eintritt in die Tagesordnung vollzog Kollege Hemmerich in üblicher Weise die Ehrgung des verstorbenen Kollegen Johann Gehles. Nach verschiedenen Mitteilungen örtlicher Natur folgte die Abrechnung pro drittes Quartal 1912, die zu Einwendungen keine Veranlassung bot, weshalb dem Raffierer Entlastung erteilt werden konnte. Das eingangs erwähnte Referat des Arbeitersekretärs und Landtagsabgeordneten Fritz Endres, welches nahezu eine Stunde währte, befaßte sich zunächst als erster Vortrag mit der Invalidenversicherung als dem für die Kollegen wichtigsten Teile der Reichsversicherung. In prägnanter und leicht faßlicher Weise verstand es der Referent, aus dem 1806 Paragraphen mit 104 Ausführungsartikeln umfassenden Gesetze das Wissenswerte zum Vortrage zu bringen. Aus dem Referate, das mit großem Beifall aufgenommen wurde, war zu ersehen, daß die neue Reichsversicherung bei weitem nicht bringt, was man sich von ihr versprochen hat. Hierauf gab der Referent eine ebenso beifällig ausgenommene kurze Einführung in die „Volksfürsorge“. Auch an dieser Stelle sei dem Referenten der Dank der Versammlung ausgesprochen. Hierauf wurden zwei Ergänzungswahlen zum Vorstand und zum Gewerkschaftskomitee vollzogen. Unter „Verschiedenes“ gab besonders der Entzug der Konditionslosenunterstützung bei wechselseitigem Aussehen Anlaß zu einer heftigen Debatte.

Zittau. Eine verhältnismäßig gut besuchte Bezirksversammlung fand am 3. November in Zittau statt. Es waren vertreten der Vorort mit 55 und die übrigen Bezirksorte mit 33 Kollegen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Referat des Gauvorstehers Wendtke (Dresden) über die allgemeine Lage und die letzte Gauvorsteherkonferenz im besonderen. Einheitsigkeit herrschte darüber, daß man mit Ruhe, aber Festigkeit der augenblicklichen Situation gegenüberstehen müsse, und daß rege Anteilnahme an Verhandlungen mehr denn je unbedingt notwendig sei. Eine Entschliebung, die

sich mit den Beschlüssen der Gauvorsteherkonferenz einverstanden erklärt und den Vertretern Dank und Anerkennung ausdrückt, fand einstimmige Annahme. Um übrigen gab Vorsitzender Hille Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Bezirksversammlung sowohl in tariflicher wie auch geschäftlicher Hinsicht. Dabei nahm man auch Gelegenheit, verschiedene örtliche Angelegenheiten mit zu regeln.

Rundschau.

Rückgang der Leistungen. Die dem Personale der Steinchen Buchdrucker (Znhaber Th. Püpperring) in Uensberg i. B. vor zwei Jahren bewilligten drei Tage Ferien wurden in diesem Jahre wieder entzogen.

Der Tarifberatungsausschuß der Prinzipale. Der Beschluß der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins in Breslau auf Einsetzung eines besonderen Tarifberatungsausschusses innerhalb des genannten Vereins ist nunmehr, laut Bekanntmachung in der „Zeitschrift“, in die Tat umgesetzt worden. Jeder der zwölf Kreise des Deutschen Buchdruckervereins mit weniger als 5000 Gehilfen hat zwei und jene mit mehr als 5000 Gehilfen haben drei Vertreter in diesen Ausschuß gewählt. Die Gesamtzahl der Mitglieder dieses Ausschusses beträgt 32 und setzt sich aus folgenden Prinzipalen zusammen: Kreis I: Fr. Diers in Hannover und H. Weßel in Wolfenbüttel; Kreis II: Dr. jur. Max Heimann in Köln, Otto Grüttemier in Elberfeld und A. Sommer in Münster i. W.; Kreis III: Heinrich Bauer in Warburg und Richard Gottlieb in Kassel; Kreis IVa: H. W. Streder in Stuttgart, Hermann Beder in Sinshelm und Julius Wensheimer in Mannheim; Kreis IVb: Paul Hammesfahr in Straßburg i. E. und J. Therré in Metz; Kreis V: Otto Friedrich Klotz in Nürnberg, Eduard Leopoldseder in Traunkstein und Joseph Gabeljun. in Regensburg; Kreis VI: Oskar Frieße in Magdeburg, Otto Stenger in Erfurt und R. Biefeld in Osnabrück; Kreis VII: Bernhard Reichardt in Leipzig, Ernst Päßler in Dresden und Alfred Reichardt in Groyßh; Kreis VIII: Rudolf Illstein, Ernst Friedrich (Ottrow) und Artur Scholom in Berlin; Kreis IX: Herbert W. Friedrich in Breslau und Adolf Hänel in Weuthen; Kreis X: H. Freytag in Hamburg und Bruno Raute in Rastenburg; Kreis XI: M. Baudwin in Stettin und Walter Gräf in Anklam; Kreis XII: R. Schrotz in Danzig und G. Nadek in Posen. Aufgabe dieses Ausschusses soll sein, die ihm von der Breslauer Hauptversammlung und vom Vereinsvorstand übergebenen Anträge und Anregungen auf Ausgestaltung oder Veränderung des Deutschen Buchdrucker-Tarifs zu prüfen sowie die sonst noch aus den Reihen der Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins hervortretenden Wünsche auf ihre Berechtigung hin zu untersuchen und dementsprechende Vorlagen zu machen. Über die Tätigkeit des Ausschusses soll in der jährlichen ordentlichen Hauptversammlung des Vereins Bericht erstattet werden. Die erste Sitzung dieses Prinzipal-Tarifberatungsausschusses ist am 3. Dezember d. J. nach Leipzig einberufen.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Eine Sonderausstellung für Stenographie ist nun auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 ebenfalls in Aussicht genommen. Sie wird von dem königlichen Sächsischen Stenographischen Landesamt vorbereitet werden. — Der Plakatwettbewerb, den die Ausstellungsleitung veranstaltet hat, hat bis zum Einlieferungstermine rund 600 Entwürfe erbracht. Unter den Entwürfen halten sich die reinen Schriftplakate mit den figürlichen Kompositionen die Wage, und speziell unter letzteren sind viel interessante Arbeiten enthalten.

Die neueste Pariser Reklame. Das Reklamemachen verstehen die Pariser in meisterlicher Weise, und während beispielsweise die amerikanischen Reklame mehr auf die Massen zugeschnitten ist, verlegen sich die Pariser auf die individuelle Reklame. Wie herrlich weit sie es darin gebracht haben, beweist die Tatsache, daß jetzt der persönliche, handgeschriebene Brief in den Dienst der Reklame treten muß. Auf seinen, kleinen, lustigen Billettpapier, ohne jeden Firmenaufdruck erhält der von dieser Reklame Heimgesuchte die Einladung zum Besuch eines bestimmten Theaterspiels, Konzerts, Kabarets oder Cafés. Mit den freundlichsten Grüßen folgt dann irgend eine unleserliche Unterschrift. Da die Briefe oft auch sehr bistrerte Andeutungen enthalten und oftmals solche für Junggefellene bestimmte an Verheiratete geraten und ungekehrt, so ist es natürlich, daß der Reklameagentur dadurch eine Reihe von Mißhelligkeiten erwachsen, welche denn auch bald dazu führen werden, diese Art Reklame wieder einzustellen, was im Interesse des Druckgewerbes nur zu begrüßen ist.

Meisterprüfung. Vor der Berliner Handwerkskammer legte der Kollege Artur Löbe aus Klein-Boigtsberg i. E. die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

Schöffenauslösung. In Bad Kreuznach wurde Kollege Karl Joseph Schmidt als Hauptschöffe ausgelost. „Nationale“ Angst vor der „Volksfürsorge“. Schon mehrmals haben wir im Verlaufe der Vorarbeiten zur Schaffung einer Volksversicherung durch die deutschen freien Gewerkschaften und die Genossenschaften unter dem Namen „Volksfürsorge“ darauf aufmerksam gemacht, daß einflussreiche kapitalistische Kreise am Werke sind, dem geplanten Arbeiterunternehmen die größten Hindernisse zu bereiten. Soweit sich nun dabei die schon bestehenden und in ihren Jagdbreitungen sich bedröht sehenden rein kapitalistischen Lebensversicherungsgesellschaften zu solchen (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 19. November 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 134.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Maulwürfen entwickelt haben, kann man dies noch einigermaßen begreiflich finden, denn die „Volksfürsorge“ soll ja nicht zuletzt den bisherigen Profit der privaten Versicherungsgesellschaften aus der Volksversicherung, soweit die Arbeiter und ihre Angehörigen in Frage kommen, diesen selbst zugute kommen lassen. Von diesem Standpunkt aus und nach allen bisherigen Erfahrungen über die Betätigung dieser Versicherungsgesellschaften wird man daher auch von einer dieser Tage in Berlin von 26 Versicherungsgesellschaften aus der Kaufe gehobenen „großen, gemeinnützigen nationalen Volksversicherungsanstalt“ hinsichtlich der im Aufbau begriffenen „Volksfürsorge“ der organisierten Arbeiterschaft kaum etwas zu fürchten haben. Denn die „große, gemeinnützige und nationale“ Tätigkeit dieser neuen kapitalistischen Anstalt, für die ihre Gründer bezeichnenderweise den besonderen Schutz der Regierung erwarten, wird auch nur dann rauchende Schornsteine haben, d. h. auf die Dauer lebensfähig sein, und von ihren Trägern gehalten werden, wenn sie „Profite“ abwirft und die vorgeschossenen Kapitalien der mit „gemeinnützigen“ und „nationalen“ Grundrissen spekulierenden Geldgeber anständig verzinst. Diese Umstände kommen aber für die „Volksfürsorge“ gar nicht in Betracht. Dieses neue Unternehmen der Arbeiterschaft wird in reiner Wahrung der Selbstinteressen der Versicherten auf eignen Füßen stehen und seine Früchte ausschließlich den Arbeitern zukommen lassen und darum auch aus ganz natürlichen Gründen in der Arbeiterschaft fest verankert werden können. Diese Voraussetzungen fehlen allen privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften. Und deshalb werden sie, wenn sie sich wirklich in einen ernstlichen Konkurrenzkampf mit der „Volksfürsorge“ einlassen wollen, außerordentlich viel einbroden müssen, um am Ende vom Biede doch nur als Ehrenleser auf dem von der „Volksfürsorge“ abgeernteten Felde lebendig gelandet zu werden. Das Schöne aber bei diesem ganzen Kesseltreiben gegen die „Volksfürsorge“ ist, daß sich ihre Gegner gegenseitig vor lauter Erblindungsflieber in der gleichen Sache selbst bekämpfen. Denn die neueste Gründung der deutschen Versicherungsgesellschaften ist in Wirklichkeit nicht nur eine Konkurrenzgegründung gegen die „Volksfürsorge“ der Gewerkschaften und Gewerkschaften, sondern auch gegen ein andres „gemeinnütziges nationales“ Unternehmen, das von mehr oder weniger bekannten Politikern, worunter sogar der ehemalige preussische Minister v. Müller, in letzter Zeit geplant wird. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte kürzlich ein Rundschreiben dieses Politikerkonkurrenzums, das die bekannten Namen: Staatsminister v. Müller, Gehoff, Erzberger, v. Voebell, Freiherr v. Nichteusen, Schiffer usw.; als Unterzeichner hatte. Das Rundschreiben, das natürlich als „vertraulich“ ausgegeben wurde, sollte als Einladungsakt für eine auf den 25. November d. J. in Berlin anberaumte Besprechung über Durchführung einer einheitlichen nationalen Gegenbewegung gegen die „Volksfürsorge“ durch Schaffung einer „wahrhaft gemeinnützigen, groß ausgestalteten Volksversicherung“, gelten. Das Rundschreiben schließt folgendermaßen: „Bei der ungeheuren Bedeutung der nationalen und volkswirtschaftlichen Werte, die auf dem Spiele stehen, wenn die sozialdemokratische „Volksfürsorge“, ohne auf Widerstand zu stoßen, ihren Siegeszug durch Stadt und Land halten sollte, bitten wir Sie dringend um Ihre Erscheinen und um Ihre Mitarbeit an dem Plan einer gemeinnützigen, den wirtschaftlichen Interessen der Versicherungsnehmer und ihrer Leistungsfähigkeit voll gerecht werdenden nationalen Volksversicherung. Bitte ist dringend geboten! Bereits am 1. Januar 1913 wird die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ ihre Tätigkeit beginnen.“ Nun sind aber, wie wir schon eingangs dieser Betrachtung erläutert haben, diesen oberflächlichen Politikern die nicht weniger schlauen Direktoren der privaten Versicherungsgesellschaften schon zuvorgekommen. Die Herren v. Müller, Erzberger, Schiffer usw. werden am 26. November d. J. eine topfhängende Tafelrunde bilden, hieselbst ihnen wie dem bekannten Volgerber die Felle fortgeschwommen sind. Wenn die Sache nicht gar zu komisch wäre, könnte man die Herren behauern. Aber es ist doch zu lustig, wenn man sieht, wie sich der ganze „nationale“ Milchmatsch, um die Seelen oder, sagen wir es deutlicher, um die Großköpfe der Arbeiter zu ergattern, sich gegenwärtig die Nase abtritt. Nicht minder interessant ist es, daß auch hier sich wieder zeigt, wie schon seit Jahrzehnten und auf allen Gebieten, daß erst die Arbeiterschaft selbst den ernstlichen Versuch machen muß, sich zu helfen, dann kommt sofort die bekannten „nationalen“ Gesetter und Kreise und wollen ihr in „gemeinnütziger“ Weise ebenfalls helfen, weil sie fürchten, die Arbeiterschaft würde sich mit etwas mehr Selbständigkeit nicht mehr so gänzlich und brüden lassen wie bisher. Die Herren sind aber auch in diesem Falle wieder zu spät aufgestanden. Die denkende Arbeiterschaft hat „nationale“ und „gemeinnützige“ Gefühle solcher Art im Laufe der Zeit richtig einschätzen gelernt. Die

Arbeiter haben erkannt, daß das allein richtige Nationalgefühl in Geschlossenheit und Einheit ihrer Organisationen zum Ausdruck kommt: in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften und darum auch auf dem Gebiete der Volksversicherung in der „Volksfürsorge“. In diesem Sinne sieht die freigeordnete Arbeiterschaft Deutschlands auch diesen neuen Bande der Verbrüderung auf wirtschaftlichem Boden mit größter Zuversicht entgegen in der Gewißheit, daß sie am Ende des gegenwärtigen Streites der „nationalen“ Politiker und Kapitalisten die lagenden Dritten sein werden.

Gewerkschaften und Vereinswesen. Kürzlich brachten wir die Nachricht über ein zugunsten der Arbeiterorganisationen in Sagan gefälltes Gerichtsurteil, wonach für die Leitungen der Saganer Gewerkschaften keine Verpfichtungen, Statuten und Mitgliedsverzeichnisse der Polizeibehörde einzureichen. Aus der Verhandlung ragten die weltfremden Debattationen des Amtsanwaltes besonders hervor, nach dessen Meinung die Gewerkschaften schon Politik treiben, weil sie einen Druck auf die Unternehmer auszuüben suchen, und daß ferner die Polizei zu bestimmen hätte, ob die Gewerkschaften politische Vereine sind oder nicht. Der Amtsanwalt hatte ferner erklärt, sich bei dem freisprechenden Erkenntnis nicht beruhigen und die Sache dem Staatsanwalt unterbreiten zu wollen. Der Herr scheint nunmehr beim Staatsanwalte Verständnis für seine Anschauungen gefunden zu haben, denn, wie uns mitgeteilt wird, ist nunmehr gegen das freisprechende Erkenntnis erster Instanz Berufung eingelegt worden. Die strenge Staatsaktion gegen die Saganer Gewerkschaften wird also auch noch die höhere Instanz beschäftigen. Ob Staatsanwalt und Amtsanwalt aber dabei Vorbeeren ertren werden, steht allerdings auf einem andern Blatt.

Die Zahl der „Verbrecher“ in Deutschland. Nach einem Auszug aus der deutschen Kriminalstatistik sind seit 1882 in Deutschland 7 1/2 Millionen Menschen wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze bestraft worden. Zieht man davon Abgewanderte und Verstorbenen ab, so bleiben noch 3869 000, also beinahe vier Millionen Bestrafter für die Gegenwart übrig. Jeder 6. Mann und jede 26. Frau ist wegen Verbrechen oder Vergehen gegen die Reichsgesetze bestraft. Der Direktor des Zellengefängnisses in Berlin-Weißhof, Dr. jur. Fintelberg, führt dieses Resultat mit Recht auf eine ungeheure Überspannung der Strafgerichtsbarkeit des Staates und auf eine damit verbundene Begünstigung des Denunziantentums unter dem Publikum zurück.

Die preussische Steuervorlage. Trotz der fast unerschwinglich hohen Steuern in Preußen soll die Einkommenssteuer noch verschärft werden. Die als Vorstudium gedachten nicht unerheblichen Zuschläge sollen weiter bestehen bleiben. Mit aller Mühe und Not brachte man in der Kommission einen von sozialdemokratischer Seite eingebrachten Antrag durch, wonach fortan auch die von der Ehefrau des Steuerpflichtigen zu entrichtenden Beiträge abzugsfähig sein sollen. Auf Antrag von konservativer Seite wurde ein neuer Paragraph eingefügt, wonach eventuellen Falles die Einkommenssteuer nach dem Aufwande, den der Steuerpflichtige macht, erfolgen kann. Leider befaßt man sich von Seiten der Steuerzahler viel zu wenig mit der Steuervorlage, und erst wenn der Nachtrag Gesetz geworden ist, melden sich die Steuerzahler, wenn es zu spät ist. Nur wenige Korporationen und wirtschaftliche Verbände sind es, die sich bis jetzt damit befaßt haben. So wird dem Abgeordnetenhaus demnächst ein Antrag zugehen, worin die Heraushebung der unteren Steuergrenze von 100 auf 1200 Mk. gefordert wird. Mit Recht wird darin betont, daß bei der Festlegung der unteren Steuergrenze auf 1000 Mk. der Grundsatz maßgebend gewesen ist, den nächsten Lebensbedarf nicht zu besteuern. Da aber damals 100 Mk. Einkommen als das zum Leben Notdürftigste anerkannt wurden, so reichen unter den heutigen weit tieferen Lebensverhältnissen 1200 Mk. kaum aus, so daß von einem derartig niedrigen Einkommen unmöglich noch Steuern verlangt werden können. Sollte diesem Antrage kein Gehör geschenkt werden, so wird gebeten, wenigstens bei Verheirateten oder bei dem Vorhandensein eines Kindes Steuernachlaß oder Ermäßigung um eine Stufe einzutreten zu lassen. Der Ausfall solle gebett werden durch eine stärkere Veranlagung der Einkommen über 50000 Mk. und der Vermögenden über 20000 Mk. oder durch eine Progression der Vermögenssteuer. Es wäre zu wünschen, wenn noch weitere Vereinigungen zu dieser so wichtigen Frage Stellung nähmen, die doch für das Wirtschaftsleben jedes einzelnen von tief einschneidender Bedeutung ist.

Verschiedene Eingänge.

„Typographische Mitteilungen.“ Offizielles Organ des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften. Neunter Jahrgang, Nr. 11. Inhalt: Gra-

phische Kunst und Technik im Altertum. — Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe. — Das Fachschulwesen im Buchdruckgewerbe. — Kunst und Kaufmann. — Plakate der deutschen Industrie. — Konferenz der Vereinsvorsitzenden des Kreises Leipzig. — Der Buchgewerbesaal des Graphischen Klubs in Stuttgart. — Organisatorisches. — Zu beziehen ist diese empfehlenswerte Fachschrift zum Preise von nur 46 Pf. pro Quartal durch die Post. Probenummern und Auskunft über direkten Bezug verlangen man von der Verlagsstelle: Leipzig • Stöcker's, Arnoldsstraße 20.

„Typographische Linienstudien.“ Viertes Heft. Preis 1 Mk. Herausgegeben von Graphischen Bücher-Verlag Alfred Wendler in Braunschweig, Schornhorststraße 10. Die Hefte können durch jede Buchhandlung bezogen werden.

„Lafchenadreßbuch der Hamburger Druckereien und der verwandten Gewerbe.“ Verlag S. Andresen & Sohn in Hamburg.

„Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Heft 20 und 21. 23. Jahrgang.

„Sozialistische Monatshefte.“ Erscheinen alle vierzehn Tage. Heft 22 und 23. Preis 50 Pf. Verlag der Sozialistischer Monatshefte, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 121 H.

Briefkasten.

H. G. in J.: Artikel nun eingegangen. Wir werden ihn ausnahmsweise bringen, um den Anschein zu vermeiden, als wäre mit der Aufnahme eines früheren Artikels des bekannten Hamburger Kollegen eine Richtung dieser Bewegung zurückgesetzt worden. Aber er wird noch ein Weilchen lagern müssen, da bis zum Jahreschlusse der Raum knapp ist, auch durch die vielen Inserate. — W. G. in P.: In nächster Nummer vielleicht. — P. K. in W.-M.: Wir legen Ihre Mitteilungen einzuweilen ad acta. Wenn der „Typ.“ sich maufig machen sollte, kann ihm auch damit noch gebiet werden. — W. G. in St.: Von Ihrem Schreiben mit Interesse Kenntnis genommen. Wie Sie inzwischen geleistet haben, ist vor uns nur auf das veröffentlichte Material über diesen Prozeß bezogen worden. Ergänzungen, wie die von Ihnen gesandte, bringen wir dann, wenn der maßgebende „Typ.“-Redakteur sich noch aufs Hohe Kopf setzen sollte. Besten Dank also! — J. Th. in H.: Georg Burghardt, Oranienburg bei Berlin, Eden Nr. 15. — G.M.: Auserkanden von den Toten, sei zum Heile Euch geboten: Mäßigkeit ist eine Tugend, die geübt in der Jugend, trägt im Alter Hinsen reich, brum tut es dem Schreiber gleich. — M. in P.: Mit Dank empfangen. — P. M. in Breg: 2 Mk. — W. P. in Berlin: 5,15 Mk. — G. S. in Wietzig: 2,80 Mk.

Vertichtigung: In dem ersten Artikel „Streiflichter“ ist eine Verwechslung unterlaufen. Auf der dritten Seite nahmen wir Bezug auf eine in Nr. 126 bereits gegebene Ausbeutung der gewerkschaftlichen Neutralität. Diese erfolgte aber nicht in dem ersten Artikel über die Gewerkschaftskonferenz, sondern in dem über die Sitzung der Verbandsvertretung mit der Prinzipalleitung in Leipzig.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 2, Chausseepoliz 5 11
Fernsprech: Amt Kurierstr. Nr. 1914.

Abtreffenveränderungen.

Sildesheim. Den Bezirksmitgliedern zur Kenntnis, daß die Geschäfte des Bezirksvorsitzers bis auf weiteres von dem bisherigen zweiten Vorsitzenden, Kollegen Paul Freute!, Wiesenstraße 10 II, wahrgenommen werden.

Zur Ausnahme haben sich gemeldet (Einkunventionen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Abtting der Sezer Valentin Gärtner, geb. in Neubüting 1893, ausgel. das. 1911; war noch nicht Mitglied. — In Ingolstadt der Sezer Michael Wilt, geb. in Forchheim 1895, ausgel. das. 1912; war noch nicht Mitglied. — Jos. Selig in München, Holzstraße 24 I.

In Wiesloch a. Rh. der Sezer Israel Goldberg, geb. in Sieglowce, ausgel. in Bornow 1912; war noch nicht Mitglied. — In Werktadt der Schweizerbeget Alois Eiermann geb. in Werlach 1892, ausgel. in Münstermairfeld 1910; war noch nicht Mitglied. — Wolf Holzhauser in Wiesbaden, Drudenstraße 8.

In Bln der Decker Hugo Postberg, geb. in Essen 1882, ausgel. in Bln 1901; war schon Mitglied. — In Wiesdorf a. Rh. der Sezer Peter Schröder, geb. in Düren 1892, ausgel. das. 1910; war schon Mitglied. — F. Müller in Bln, Geronshof 23.

In Lauterbach (Sachsen) der Sezer Kurt Steinbach, geb. in Alsfeld 1894, ausgel. das. 1912; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Biegeler in Gießen, Hammstraße 13.

In Löwenberg i. Schl. der Seher Karl Dipka, geb. in Breslau 1884, ausgel. in Goldberg i. Schl. 1902; war schon Mitglied. — Martin Schipke in Hirschberg i. Schl., Strauflinger Straße 24 I.
 In Bärach der Seher Kaspar Glühner, geb. in Seehingen 1895, ausgel. das. 1912. — H. Unger, Spitalstraße 66.
 In Stettin I. der Schweizerdegen Ernst Bürger, geb. in Baruth i. Mark 1888, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied; 2. der Seher Willi Kollhoff, geb. in Stettin 1888, ausgel. das. 1906; war schon Mitglied. — Karl Zühl, Kronenstraße 7, r. Stf. II.
 In Trier der Seher Johann Werner, geb. in

Drang bei Wittburg 1893, ausgel. in Jbar a. d. Nahe 1910; war schon Mitglied. — H. Herrig, Kapellenstraße 64.

Die Angabe einer Adresse, an die dem Kollegen H. Mitteilung zugehen kann, ist erwünscht.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Die vereinf. Funktionäre werden gebeten, dem Seher Franz Ruyber (Hauptbuchnummer 36655) das Quittungsbuch abzunehmen und selbiges der Hauptverwaltung einzuhändigen. Da der Vorstand über die weitere Mitgliedschaft Beschluß zu fassen hat, so ist genanntem Kollegen wieder eine Reiselegitimation noch eine Bescheinigung über die Abnahme des Buchs, mit der Mißbrauch getrieben werden könnte, auszuhandigen.

Bersammlungskalender.

Stiefeld. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Ropp, Gerforder Straße.
Freiburg-Bad-Waltershausen. Bersammlung Mittwoch, den 23. November, nachmittags 2 Uhr, im Café „Zum Löwen“ in Waltershausen.
Leipzig. Korrespondenzversammlung Mittwoch, den 20. November (Auftrag), vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant „Hausmatt“, Postplatzstraße 22.
Schweidnitz. Bersammlung Sonnabend, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Zum Eintritt für den 15. Dezember d. J. wird ein durchaus tüchtiger und erfahrener

Rotationsmaschinenmeister
 gesucht. Offerten unter Nr. 390 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Zum Eintritt für den 15. Dezember d. J. wird ein erfahrener

Stereotypenr
 für Kundstereotypie (Zeitungsbetrieb) gesucht. Offerten unter Nr. 391 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger Galvanoplastiker
 gesucht. Albrecht Hader, Dresden, Raisenstraße 10.

Tüchtige Unterschneiderinnen
 bei gutem Lohn gesucht. 1350
 Schriftsetzeri Klisch in Frankfurt a. M.

Graphische Vereinigung Dresden

Freitag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Senefelder“, Kaulbachstr. 16:
 Vortrag des Herrn Kunsthistoriker Dr. Hieber über:

Albrecht Dürers niederländische Reise.
 Ausstellung und Besprechung Gölitzer Inseratentwürfe. :: :: Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen wird gebeten!

Königlich Sächsische Landes-Lotterie
 Günstigste deutsche Staats-Lotterie. Die einzige, in welcher jedes 2. Los gewinnt. (In Preußen verboten.)
 Hauptgewinne:
 800000
 500000
 300000
 200000
 150000
 100000
 Ziehung 1. Klasse 4. und 5. Dezember 1912.
 Lose 1/10 1/5 1/2 1/1
 5.— 10.— 25.— 50.—
 Staatliche Kollektion
Martin Kaufmann, Leipzig
 Windmühlenstraße 46.

H. MATHAEUS DESSAU
 Flossergasse 46
 Katalog gratis u. fr.

Festmarsch für Streichorchester m. Schlauchhorn von Alfred Schweichert. Text des Schlauchhorns von Willi Krahl.
 Komponist FRITZ LÜBRICH Jun. (Leipzig) schreibt: „Der Festmarsch imponiert durch seinen schwingvollen Aufbau, durch seine gewählte Thematik und Harmonik und hebt sich dadurch vor ähnlichen Kompositionen rühmlichst hervor. Besonders wirkungsvoll ist der aus Trio gedachte Schlauchhorn, welcher dem ganzen Opus einen prächtigen Abschluß gibt. Ich kann dieses Werk nur als beste empfehlen und zweifle nicht an seiner durchschlagenden Wirkungskraft.“
 Man verlange Probepartituren von
RADELLI & HILLE, Leipzig, Salomonstraße 8.

Gautschbriefe, in schönen Ausführungen zu 0,50, 0,75, 1.— und 1,25 Mk., empfiehlt K. Siegl, München, Holzstraße 7. — Katalog gratis. 136

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Der beste Ersatz für Oper, Theater, Varieté Konzert. — Nur erste Künstler!



Sie brauchen kein Geld dazu Wirsenden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelteiten 29 cm großen Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. — Unser trichterloser Apparat ist

das Neueste vom Neuen

und nicht zu vergleichen mit den allgemein auf den Markt kommenden Typen. — Jeder Apparat ist mit Schalldose versehen, die allein überall mit 20 Mark verkauft wird. Behalten Sie den Apparat, so haben Sie an uns monatlich nur 3 Mk., also täglich nur 10 Pfg. zu zahlen.

Keine Plattenabnutzung mehr!

Die Lieferung erfolgt sofort!

Wir kaufen Ihren alten Sprech-Apparat zurück, auch wenn er nicht von uns bezogen ist, falls Sie unseren trichterlosen Apparat behalten u. vergüten Ihnen auf Ihrem Konto laut nebenstehendem Schein. Auf Verlangen liefern wir Ihnen noch eine zweite Schalldose, mit der Sie auch Ihre alten Platten auf unserem Apparat weiter spielen können.

20 Mark

Wir kaufen Ihren alten Sprech-Apparat zurück, auch wenn er nicht von uns bezogen ist, falls Sie unseren trichterlosen Apparat behalten u. vergüten Ihnen auf Ihrem Konto laut nebenstehendem Schein. Auf Verlangen liefern wir Ihnen noch eine zweite Schalldose, mit der Sie auch Ihre alten Platten auf unserem Apparat weiter spielen können.

20 Mark

Bial & Freund
 Breslau II, Postfach 388/318

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Firma Bial & Freund in Breslau II, Postfach 388/318
 Senden Sie mir einen allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelteiten Pathé-Platten, 29 cm groß. Wenn ich die 5 Tage nach Empfang an Sie franko zurücksende, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgange für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose Mark 60.— und für die 10 Pathé-Doppelplatten à Mark 3.30 in Mark 3.— vom Ablauf der Probezeit bemonatl. Erfüllungsort ist Breslau.

Bei Nichtzutreffen für meinen alten Sprechapparat vergüten Sie mir auf meinem Konto, falls ich ihn innerhalb 5 Tagen nach Erhalt Ihrer Sendung franko abhende Absatz zu schicken, nach Empfang Mark 20.—. Dieser Betrag wird erst am Abschluß meiner Zahlungen verrechnet. 137

Vor- und Zuname: _____
 Beruf: _____ Ort u. Datum: _____
 Straße - Platz - Nr. _____

Schutzkleidung für Buchdrucker, Schriftsetzer usw.
M. Jahn, Leipzig-Rudnitz, Täubchenweg 16.

Theaterflügel, Festabzeichen, Postkarten
 Grupp. Verlagshaus, Halle a. S., Köpfigerstr. 195.

Dankagung!

Für die vielen herzlichsten Beweise aufrichtiger Teilnahme die uns anlässlich des fünfzigjährigen Arbeitsjubiläums und aus Anlaß der langjährigen Tätigkeit als Korrektoren sowohl legergraphisch als schriftlich zugekommen sind, sagen wir hiermit allen unsern herzlichsten Dank. Auch den geehrten und lieben Kollegen für die Veranstaltung des Festabends ist unser innigster Dank zum Ausdruck gebracht.
 Prag, 1. November 1912.
 Joseph Selohoubek, Franz Eihak, Karl Jaros, H. C. Franz Kubera, Julius Langinger, Maximilian Pohl, Rudolf Pachel, Franz Zelenka.

H. H. Hürtels Bücherverlag
 (A. Siegl), München SO 7, Poststraße 7.
 Fachliteratur, Werke, Musikalien u. Theaterstücke.
 Katalog unbeschränkt und frei.
 Unterarten der deutschen Sprache und der gebräuchlichsten Fremdwörter. Von H. Hürtel. 3 Mk. geb.
 Konversationslexikon (keines) von Brockhaus (2 Bände) und Meyer (6 Bände) an Werkschüler gegen monatl. Teilzahlungen von 3 Mk.
 Neues praktisches Fremdwörterbuch mit Angabe der Herkunft, Schreibweise und Aussprache. Von H. Hürtel. 4 Mk. geb.
 Minimal-Druckpreis-Zettel für das deutsche Buchdruckgewerbe nebst Bestimmungen für das Zeitungswesen. Fünfte neu bearbeitete Auflage. 3 Mk.
 Die Zeitungsarbeit. Von H. Hürtel. 60 Pf. Mit 17 Tafeln. 2 Mk.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen tüchtigen
Galvanoplastiker und Stereotypenr
 dem eventuell die Leitung der Abteilung übertragen werden könnte. Gründliche Kenntnis in allen einschlägigen Arbeiten Bedingung. Gest. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften erbeten an
Meisenbach, Riffarth & Co., München.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.
 Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“:
Außerordentliche Generalversammlung.
 Die Tagesordnung geht den Mitgliedern gedruckt zu. Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand. 1396

Am 13. November verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden unser werter Chef, der Inhaber der Firma Otto Tech, Herr
Hilmar Hündorf.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 389] Das Personal der Firma Otto Tech, Berlin.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 14. November unser lieber Kollege, der Maschinenmeister
Gustav Kretschmer
 aus Brieg, im Alter von 20 Jahren.
 Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Mitglieder des Bezirksmaschinenmeisterversains Brieg.

Mittwoch, den 14. November, verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenmeister
Gustav Kretschmer
 aus Brieg, im 20. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Der Ortsverein Brieg (V. d. D. B.).